

***In Langversion bereits in 2000 erschienen in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft VII /2000***

Mohssen Massarrat

22. August 2001

**Nato-Jugoslawien Krieg:**

**Lehren für eine pazifistische Perspektive**

Einundeinhalb Jahre nach dem Beginn der „humanitären Intervention“ der Nato in der Bundesrepublik Jugoslawien ist die humanitäre Lage im Kosovo nicht besser, sondern eindeutig schlechter geworden. Ein friedliches Zusammenleben zwischen Serben und Kosovaren ist nicht in Sicht, der Hass zwischen ihnen ist tiefer geworden. Milosevic sitzt dank des Nato-Krieges fester im Sattel und die serbische Opposition ist schwächer denn je. Dennoch oder gerade deshalb schweigen die einstigen Kriegsbefürworter eisern zu vielen offenen Fragen.

Warum überhaupt dieser Krieg, warum die 5000 Kriegstoten, die 100 Mrd. Dollar Kriegskosten, warum die Zerstörung serbischer Brücken, Elektrizitätswerke, Fabriken und der Umwelt? Erst recht wird darüber geschwiegen, wer die eigentlichen Gewinner dieses Krieges sind: der militär-industrielle Komplex euro-amerikanischer Herkunft und die USA, die auf dem Balkan neue Stützpunkte - so z. B. im „Camp Bondsteel“ in der Nähe von Urosevac im Kosovo - einrichten und ihre geostrategische Position weiter ausbauen können.

Trotz der Zweifel und der späten Einsicht ob der eigenen Fehlentscheidungen verdrängen die Kriegs-Befürworter von einst, unter dem Motto „jetzt Nach-Vorn-Schauen“ eine kritische Aufarbeitung, die mit Hinblick auf ähnliche Konfliktlagen in der Zukunft dringend erforderlich wäre. Von denjenigen, die wohlweislich die Menschenrechte für die eigene politische Karriere oder handfeste Interessen instrumentalisierten, wäre eine kritische Aufarbeitung wohl zu viel verlangt. Auf zwei Gruppen lastet jedenfalls besonders große Verantwortung: die sogenannten „Verantwortungspazifisten“ und die Radikalpazifisten.

Den Nato-Strategen und der rot-grünen Regierung in Deutschland ist es gelungen, die Pazifisten in „Gesinnungs- und Verantwortungspazifisten“ aufzuspalten. Die

Radikalpazifisten wurden als weltfremde und gewissenlose Utopisten diffamiert, denen ein Hochhalten des abstrakten Prinzips Gewaltfreiheit wichtiger sei, als der konkrete Schutz von Menschen vor einem drohenden Völkermord. Und die „verantwortlich“ handelnden Pazifisten wurden bei ihrem Verantwortungsgefühl gepackt und vor den Karren der „humanitären Intervention“ gespannt.

Die „Verantwortungspazifisten“, vor allem Persönlichkeiten wie Erhard Eppler und Günter Grass, an deren Integrität kein Zweifel besteht, müssten sich nachträglich fragen lassen, ob sie nicht Opfer einer perfekten Inszenierung des „menschenrechtlichen Notfalls“ geworden sind. Immerhin haben sie durch ihr Eintreten für den Krieg mit den Ausschlag dafür gegeben, daß zum ersten Mal eine Mehrheit der Deutschen der direkten Beteiligung der Bundeswehr an einem Krieg zugestimmt haben. Sie haben manipulierter Nato-Information und Propaganda blind geglaubt und diese ungeprüft für bare Münze genommen.

Zwischen unbestreitbaren massiven serbischen Menschenrechtsverletzungen und systematischen Massakern, die wie in Racak und andernorts den Serben offensichtlich durch – wie sich inzwischen herausgestellt hat – perfekte Inszenierungen in die Schuhe geschoben wurden, um den Tatbestand des Völkermords als Kriegsrechtfertigungsgrund zu beweisen, besteht immerhin ein entscheidender Unterschied. Genau diese Inszenierungen des „menschenrechtlichen Notfalls“ und der angeblich serbische Hufeisenplan dienten damals dazu, den Nato-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien als „Entscheidungsschlacht zwischen „Faschismus und Demokratie“, zwischen „Zivilisation und Barbarei“ (Habermas), zwischen „Bestialität und Humanität“ hochzustilisieren.

Welche Verantwortung aber lastet auf den Radikalpazifisten? Haben sie auf die konkrete Situation vor und während des Krieges richtig reagiert, haben sie alles getan, um den Schulterchluss zwischen den „Verantwortungspazifisten“ und den Nato-Geostrategen zu verhindern und die Verunsicherung vieler, die trotz ihrer pazifistischen Grundhaltung glaubten, aus verantwortungsethischen Gründen den Nato-Krieg hinnehmen zu müssen, zur Kenntnis genommen und sich bemüht, politisch rechtzeitig und angemessen darauf zu reagieren?

Zumindest hat sich ihre hartnäckige Weigerung, sich auf die Debatte um einen menschenrechtlich begründeten Notfall überhaupt einzulassen, als verhängnisvoll erwiesen - zumal kein noch so radikaler Pazifist leugnen kann, daß es Situationen geben kann, in denen die Beendigung einer menschlichen Tragödie nur mit Gewalteininsatz möglich ist. Holocaust und Ruanda belegen das.

In einer Situation wie vor dem Kosovo-Krieg, wo die Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls gelungen ist, verpuffen allerdings die besten pazifistischen Argumentationsmuster. Nicht Vernunft, nicht Moral, nicht gute Argumente und auch nicht historische Erfahrungen, sondern nur noch dumpfe Gefühle und Emotionen bestimmen in derartigen Situationen die Meinungen. Im Kosovo wurde nicht zum ersten Mal die Kriegslegitimation durch eine Inszenierung herbeigeführt und es wird auch nicht das letzte Mal gewesen sein.

Im postkolonialen Zeitalter der Globalisierung werden hegemonialpolitische und geostrategische Interessen mit subtileren Rechtfertigungsmustern durchgesetzt werden. „Humanitäre Intervention“, eine Neuauflage des „gerechten Krieges“, scheint sich als ein besonders wirksames und mobilisierendes Kriegsrechtfertigungsinstrument herauszustellen, dessen sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Zukunft die USA, die Nato, Rußland und andere Staaten bedienen werden, um ihre national-hegemonialen Interessen durchzusetzen.

Dies impliziert aber, diesen Notfall als grundsätzliche Möglichkeit, die ausnahmsweise auch mit Gewalteininsatz beendet werden muss, erstens in Betracht zu ziehen, und ihm zweitens, wo und von wem er auch immer aus Gründen eigener politischer Interessen inszeniert wird, ganz konkret und mit allen verfügbaren Möglichkeiten den propagandistischen Schleier zu entreissen. Erst diese Doppelstrategie kann die Spaltung der Pazifisten und den Schulteranschluß eines Teils von ihnen mit den Kriegstreibern verhindern oder wenigstens erschweren.

Die verantwortlich handelnden Pazifisten müssen neben ihrer prinzipiellen Überzeugung, dass Krieg Menschenrechtsverletzungen nicht beendet, sondern selbst verursacht bzw. neue hinzufügt, (a) angesichts von auch in Zukunft prinzipiell möglichen menschlichen Tragödien dazu bereit sein, einer Diskussion über den

Gewalteinsatz im wirklich äußersten Notfall nicht aus dem Weg zu gehen und ihre Bereitschaft signalisieren, ihn - wenn er wirklich eingetreten ist - auch hinzunehmen, und (b) auf eine äußerst restriktive Definition des Notfalls hinzuwirken und kompromißlos darauf zu bestehen, dass der menschenrechtliche Notfall (c) nach Maßgabe klarer Kriterien und auf der Grundlage überprüfbarer Fakten ausschließlich durch völkerrechtlich einwandfreie Instanzen festgestellt und (d) ebenso ausschließlich durch eine von der UNO organisierte bzw. legitimierte Truppe beendet wird.

Mit anderen Worten: Das propagandistische Täuschungsmanöver der Kriegsbefürworter - Pazifisten schauten weg und retuschierten die Realität des Völkermords, um ihr eigenes Weltbild zurechtzubiegen – müsste durch eine konstruktive Gegenstrategie wirkungslos gemacht und die Inszenierung eines "menschenrechtlich bedingten Notfalls" um so wirksamer verhindert werden. Nicht die Pazifisten müssen beweisen, dass sie verantwortlich handeln, sondern umgekehrt müssten die Verfechter der "humanitären Intervention" glaubwürdig den Nachweis erbringen, dass der menschenrechtliche Notfall tatsächlich eingetreten ist.

Die Friedensbewegung braucht allerdings eigene institutionelle Kapazitäten, um künftige Inszenierungen zu verhindern. Auch in Zukunft dürfte es einem kleinen Kreis von Militärexperten und –strategen der Nato-Staaten unschwer gelingen, Regierungen, Parlamente und Parteien in eine neue Gewalteskalation hineinzuziehen. Dafür ist der Parteienstaat dank der eigenen Abhängigkeit von Vorgaben durch politisch nicht legitimierte „Experten“ strukturell besonders anfällig. Deutsche VolksvertreterInnen wurden beispielsweise erst drei Wochen nach Kriegsbeginn über den Inhalt des Rambouillet-Vertragstextes in Kenntnis gesetzt, in dem immerhin die Weichen für den Angriffskrieg der Nato gestellt wurden.

Die Friedensbewegung und die Friedensorganisationen wären daher gut beraten, für eine eigene und mit rechtlichen Kompetenzen ausgestattete Struktur, z. B. in Form eines Friedensrates, offensiv einzutreten, der als Gegengewicht zu den sicherheitspolitischen „Experten“ des Parteienstaates fungiert und der monopolistischen Definitionsmacht des Parteienstaates in allen Fragen von Krieg und Frieden zivilgesellschaftlich entgegenwirkt.

**Kurzbiographie:**

**Der Autor lehrt Politikwissenschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Osnabrück und ist in der Friedensbewegung aktiv. Er hat u. a. über „Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung“ in *Wissenschaft und Frieden*, 2/99, publiziert. Sein taz-Debattenbeitrag ist Bestandteil eines längeren Beitrages über den Nato-Jugoslawien-Krieg, der in diesen Tagen im *Osnabrücker Jahrbuch für Frieden und Wissenschaft 2000* erscheint.**